

Anzeige für deaktivierte Schusswaffen

gem. § 37d WaffG

- die **Überlassung** einer unbrauchbar gemachten Schusswaffe nach §37d Absatz 1 Nr. 1 WaffG (Daten s. Rückseite)
- den **Erwerb** einer unbrauchbar gemachten Schusswaffe nach §37d Absatz 1 Nr. 2 WaffG (Daten s. Rückseite)
- über die **Unbrauchbarmachung** einer Schusswaffe nach §37b Absatz 2 Satz 1 WaffG
- über die **Vernichtung** einer unbrauchbar gemachten Schusswaffe nach §37d Absatz 1 Nr. 3 WaffG
- über das **Abhandenkommen** einer unbrauchbar gemachten Schusswaffe nach § 37d Absatz 2 WaffG

Der/die anzeigende Person _____
Doktorgrad, Familienname, ggf. frühere Name(n), Geburtsname, Vorname

P-ID des Anzeigenden: P _____ E-ID Anzeigebescheinigung: E _____
(sofern vorhanden) (sofern vorhanden)

geb.am: _____ in _____
(Geburtsdatum) (Ort, ggf. Land)

Geschlecht: _____ Staatsangehörigkeit(en): _____

wohnhaft in

PLZ, Ort, (ggf. ausl. Staat) Straße, Hausnummer, ggf. Zusatz

zeigt hiermit den oben angegebenen Sachverhalt für nachfolgend aufgeführte Waffe an:

Daten der deaktivierten Waffe (EU-Kat.: -C-):

Art der Waffe: _____ Modellbezeichnung: _____

Hersteller: _____ Seriennummer: _____

Kaliber-/Munitions-Bezeichnung: **-deaktiviert-**

Jahr der Fertigstellung: _____ Jahr der Verbringung in den Geltungsbereich: _____
(sofern bekannt) (sofern bekannt)

NWR-ID der Waffe: _____ W _____

Deaktivierungs-Bescheinigungsnummer: _____

Raum für zusätzliche Bemerkungen (z.B. bei Vernichtung, Abhandenkommen):

Das Informationsblatt zur Datenschutzgrundverordnung (S. 3) habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift des Anzeigenden

A. bei **ÜBERLASSUNG:**Daten des Erwerbers:

P-ID: P _____
(sofern bereits vorhanden)

Familienname: _____ Vorname: _____

Geb. Datum: ____ . ____ . ____ Geburtsort: _____

wohnhaft in:

PLZ, Ort, (ggf. ausl. Staat) _____ Straße, Hausnummer, ggf. Zusatz

Nr. der Deaktivierungsbescheinigung: _____ E-ID: _____

Ausstellende Behörde: _____

Datum der Überlassung: ____ . ____ . ____

B. bei **ERWERB:**Daten des Überlassers:

P-ID: P _____
(sofern bereits vorhanden)

Familienname: _____ Vorname: _____
(ggf. frühere Namen, Geburtsname)

Geb. Datum: ____ . ____ . ____ Geburtsort: _____

Geschlecht: _____ Staatsangehörigkeit(en): _____

wohnhaft in:

PLZ, Ort, (ggf. ausl. Staat) _____ Straße, Hausnummer, ggf. Zusatz

Nr. der Deaktivierungsbescheinigung: _____ E-ID: _____

Ausstellende Behörde: _____

Datum des Erwerbs: ____ . ____ . ____

§ 37 Absatz 2 und 3 WaffG:

(2) Der Besitzer einer unbrauchbar gemachten Schusswaffe hat der zuständigen Behörde **unverzüglich** nach Feststellung des Abhandenkommens anzuzeigen, wenn die Waffe abhandengekommen ist.

(3) Hat der Besitzer der unbrauchbar gemachten Schusswaffe keine Waffenherstellungserlaubnis oder Waffenhandelserlaubnis nach § 21 Absatz 1 Satz 1, hat **die Anzeige nach Absatz 1 binnen zwei Wochen** schriftlich oder elektronisch zu erfolgen. Hat der Besitzer eine Waffenherstellungserlaubnis oder Waffenhandelserlaubnis nach § 21 Absatz 1 Satz 1, so hat die Anzeige nach Absatz 1 unverzüglich elektronisch zu erfolgen und es gilt hierfür § 9 des Waffenregistergesetzes.

Informationsblatt gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Gemäß Art. 13 DS-GVO sind wir verpflichtet, Sie über die wesentlichen Inhalte der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die Sie uns im Zusammenhang mit dem von Ihnen gewünschten Verwaltungshandeln mitteilen, zu informieren.

1.	Kontaktdaten	
1.1	Verantwortlicher gem. Art. 4 Ziffer 7 DS-GVO für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:	Der Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar, Telefon: 06441-407-0, E-Mail: info@lahn-dill-
1.2	Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten gem. Art. 37 ff. DS-GVO in Verbindung mit §§ 5 ff. HDSIG	Datenschutzbeauftragter des Lahn-Dill-Kreises Telefon: 06441-407-2750, E-Mail: datenschutz@lahn-dill-kreis.de
2.	Zweck, Umfang und Erforderlichkeit der Datenverarbeitung	
2.1	Die von Ihnen im Antrag angegebenen sowie im weiteren Verlauf der Abwicklung des Verfahrens. ggf. noch erhobenen personenbezogenen Daten sollen zu dem folgenden Zweck erhoben und verarbeitet werden:	Antrag auf Ausstellung/Erteilung/Erweiterung von waffenrechtlichen Erlaubnissen nach dem Waffengesetz (WaffG) für Sportschützen, Jäger, Erben und sonstige Berechtigte
2.2	Die Rechtsgrundlage für die oben geschilderte Datenverarbeitung findet sich in:	Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. §§ 2 Abs. 2, 4, 43 WaffG und §§ 4 – 8 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz (WaffVwV)
2.3	Ihre Daten werden zum Zweck der Bearbeitung Ihres Anliegens an die neben benannten Empfänger weitergeleitet. Eine Weiterleitung an Drittländer oder internationale Organisationen erfolgt nicht.	<ul style="list-style-type: none"> - Bundeszentralregister - Zentrales staatsanwaltliches Verfahrensregister - Erziehungsregister - Hessisches Landeskriminalamt - Landesamt für Verfassungsschutz
2.4	Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist aus den neben genannten Gründen zur Durchführung des Verwaltungshandelns erforderlich. Bei Nichtbereitstellung der Daten ergeben sich die benannten Folgen.	gesetzliche Pflicht zur Bereitstellung Bei Nichtangabe der Daten kann die waffenrechtliche Erlaubnis nicht ausgestellt, nicht erteilt oder nicht erweitert werden.
3.	Dauer der Speicherung	
	Ihre Daten werden bei uns entsprechend den rechtlichen Vorgaben für die nebenstehend angegebene Dauer gespeichert. Danach werden sie gelöscht.	Ihre Daten werden solange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.
4.	Ihre Rechte als Betroffene/r	
	Als betroffene Person haben Sie ein Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten gem. Art. 15 DS-GVO, ein Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten gem. Art. 16 DS-GVO, ein Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten gem. Art. 17 DS-GVO, ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DS-GVO, ein Recht auf Datenübertragbarkeit bei Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 DS-GVO. Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage Ihrer Einwilligung erfolgt, haben Sie das Recht, diese im Sinne von Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird. Weiterhin haben Sie gem. Art. 77 DS-GVO das Recht der Beschwerde wegen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden , unserer Aufsichtsbehörde.	